

Laibacher Zeitung.



Nr. 93.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 24. April

Insertionsgebühren die 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1866.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. April d. J. den Direktor des Erlauer Obergymnasiums Dr. Norbert Fuhašz unter gleichzeitiger taxfreier Verleihung des Titels eines königl. Rathes zum Oberschulendirektor des Kaschauer Distriktes allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat den Bezirksamtsadjunkten Joseph Dobrowolny zum Sekretär des k. k. evangelischen Oberkirchenrathes in Wien ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 24. April.

Einen einigermaßen ausführlichen Bericht über den Inhalt der preussischen Reformvorschläge lesen wir nun in einer Berliner Korrespondenz der „Times.“

Diese Vorschläge lauten: Ein gemeinsames Parlament auf der Grundlage der allgemeinen Abstimmung mit gewissen Beschränkungen der Wählbarkeit, eine gemeinsame Exekutive, in welcher Oesterreich, Preußen, Baiern und die anderen Mittelstaaten einen größeren Einfluss nehmen werden, als es bisher im Bundestage der Fall ist; drei militärische Gruppen, bestehend aus Oesterreich, Preußen mit den nördlichen und Baiern mit den südlichen Staaten; Preußen würde an die Spitze der künftigen deutschen Flotte gestellt. Oesterreich würde, wenn seine Einwilligung in keiner anderen Weise erlangt werden könnte, eine Art Garantie aller seiner Besitzungen erhalten. Was das gemeinsame Parlament betrifft, so wäre sein Beruf, die nöthigen Geldmittel für Bundestruppen und Bundesflotte zu votiren und Anträge zu diskutiren, die allgemeine Gesetzlichkeit in Deutschland erlangen würden.

Also eine neue freie preussische Appretur der Trias-Idee in militärischer Form, erfunden zu dem Zwecke, Oesterreich in sanfter Weise aus Deutschland „hinauszutkomplimentiren.“ Preußen an die Spitze des gegenwärtigen Föderationssystems zu setzen und Baiern, dem dabei eine Führerrolle zugezählt ist, zur Parteinahme gegen Oesterreich zu bewegen! „Läßt Baiern — schreibt der „Nürnb. Corr.“ — sich von dem Versucher betücken, so wird es auf der einen Seite alles Vertrauen des Volkes verlieren, auf der andern sicherlich nichts gewinnen und zuletzt von dem Versüßer verlassen und preisgegeben werden. Das Einzige, was alle Mittel- und Kleinstaaten unter den jetzigen Bestrebungen und Verhältnissen retten kann, ist, daß sie ehrlich und fest sich zusammenschließen in bundestremem Geiste und dahin trachten, Preußen, wenn es Krieg anfängt, gehörig niederzuschlagen. Das kann Deutschland, wenn es ernstlich will, und seine Völker werden dabei sein.

Inzwischen lauten die Nachrichten aus Italien immer beunruhigender und alles deutet darauf hin, daß sich im Süden des Kaiserstaates Ereignisse vorbereiten, die da vermuthen lassen, es gelte nun, das Programm der Aktionspartei zu verwirklichen. Nicht nur Journalkorrespondenzen sind mit Gerüchten von großartigen kriegerischen Vorbereitungen, welche Italien treffen, angefüllt, auch Personen, welche soeben aus Italien eintrafen, bestätigen diese Rüstungsnachrichten. Es heißt unter anderm, daß sogar die Altersklasse von 1846 schon jetzt anticipando einberufen werden soll. Der „Ost. P.“ wird über die militärischen Maßregeln Italiens geschrieben: In den südlichen Besatzungen herrscht ungeheure Bewegung. Die Artillerie-Direktion in Neapel hat Befehl erhalten, unverzüglich 20 Batterien nach Genua zu senden, und alle Transportdampfer werden, zur Beförderung von Truppen nach Ober-Italien, nach dem Süden geschickt. Im Ganzen sollen nur 30.000 Mann Linientruppen im Neapolitanischen bleiben und auch diese im Kriegsfalle durch mobile Nationalgarde ersetzt werden.

Da der Angriff Italiens auf Oesterreich im ganzen Lande heute als eine fast ausgemachte Sache betrachtet wird, so werden bereits an einigen Punkten „Befreiungskassen“ errichtet, und die Organe der Linken dringen laut darauf, daß unverzüglich ein Aufruf zur Bildung eines Freiwilligenkorps geschehe und der Krieg sofort erklärt werde.

In Neapel wird nächste Woche bereits ein Kriegs-Meeting stattfinden, und Sie dürfen sich überzeugt halten, daß binnen vierzehn Tagen der National-Enthusias-

mus an allen Punkten Italiens für den Krieg entzündet werden und in ähnlichen Meetings seinen Ausdruck finden wird. Die Regierung wird, wenn sie keinen anderen Vorwand findet, hierin eine Entschuldigung wegen eines Angriffes suchen.

Inwieweit dieses kriegerische Drängen mit dem Gerüchte von der Existenz einer preussisch-italienischen Konvention zusammenhänge, läßt sich aus den bisher vorliegenden Nachrichten wohl nicht mit einiger Bestimmtheit entscheiden, wenngleich unlängst in Paris von einer Depesche aus Berlin die Rede war, worin Herr Benedetti Drouyn de Lhuys von der Ratifikation des preussisch-italienischen Vertrages benachrichtigte. Es heißt nämlich andererseits, daß es sich vorläufig um die Herstellung eines Einverständnisses zwischen den Höfen von Berlin und Florenz bei gewissen Eventualitäten handle, ohne daß bis jetzt etwas Schriftliches vorliege. Nun dem mündlich geschlossenen Pakt kann das Vertragsdokument bald nachfolgen. „Thatsache ist — schreibt ein Korrespondent der „Presse“ — daß vor einigen Tagen der italienischen Regierung von Seite Preußens praktische und definitive Anträge behufs der Herbeischaffung von Geldmitteln für einen Krieg Italiens gegen Oesterreich gemacht wurden. Graf Bismarck hat nämlich, wie wir auf das Bestimmteste versichern können, Italien Subventionsgelder im Betrage von 400 Millionen Franken in der Form eines nach der Erwerbung Venetiens durch Italien rückzahlbaren Anlehens angetragen, falls Italien bindende Verpflichtungen für einen Angriff auf Oesterreich übernehmen wolle.“

Dem allem gegenüber beobachtet der Mann an der Seine ein unverbrüchliches Schweigen und man ist daher begreiflicherweise bemüht, selbst dieses ominöse Schweigen in die Sprache der Politik zu übersetzen. Es wäre zu viel, dieses Schweigen mit einem Wiener Blatte für ein bedenkliches und gefährdrohendes Zeichen zu halten, und noch unwürdiger wäre die Annahme der „N. Allg. Ztg.“ man verdanke diesem Schweigen großentheils die bisherige Vermeidung des vollständigen Bruches der Beziehungen der beiden deutschen Großmächte trotz ihrer kriegerischen Gelüste. Wir wissen es, daß Oesterreich und mit ihm ganz Deutschland noch Selbstvertrauen und Energie genug besitzt, um seine Entschlüsse nicht von den größeren oder geringeren Falteln auf der Stirne des Beherrschers von Frankreich abhängig zu machen. Sind die Aussichten auf Erhaltung des Friedens jetzt vielleicht ungünstiger, die Völker Oesterreichs werden auch vor den Gefahren des Krieges nicht zurückschrecken und gestützt auf ihre geschichtlichen Erinnerungen muthig wie immer einstehen — für ihr gutes Recht!

Oesterreich.

Wien, 22. April.

¶ Nach achtundvierzig Stunden einer etwas angenehmeren politischen Temperatur schlug dieselbe heute in dem Privatverkehre der Effektensozietät wieder in ihr Gegentheil um. Veranlassung hierzu war ein angeblich über Paris hier eingetroffenes Gerücht, nach welchem die italienische Armee auf den Kriegsfuß gesetzt worden sei. Obwohl diese Nachricht in den heute an der Börse bekannt gewordenen Telegrammen noch keine wie immer geartete Bestätigung fand, auch sonst keine allarmirenden Mittheilungen dafelbst eingetroffen waren, zeigt der hiesige Platz doch noch so wenig Vertrauen in die Situation und so viel Geneigtheit zu einer abfälligen Tendenz, daß sämtliche Spielpapiere eine sehr empfindliche Einbuße erlitten und am Schlusse der Börse Nordbahn um 5 pCt., Kreditaktien um 3 pCt. und Staatsbahn um 2 pCt. verloren.

In dem Befinden des durch einen Pistolenschuß verwundeten Mitgliede des Hauses S. Mauthner ist in dieser Nacht noch keine Aenderung eingetreten. Eine Anlage zur Poitrineuse und ein derselben eigener Hustenreiz ließen noch immer jeden Augenblick das Aeußerste befürchten. Doch ist es nicht Herr Josef Mauthner, der Chef der Firma, wie einige unserer Zeitungen irrtümlich meldeten, welcher von dem Unglück betroffen ward, sondern dessen jüngerer Bruder Max Mauthner.

Wien, 20. April. Ueber die Verhandlungen zwischen den Mittelstaaten vernimmt man, daß sie sich nicht nur auf den preussischen Parlamentsantrag beschränken, sondern sich vielmehr auf die ganze Situation erstrecken. Es handelt sich darum, einen

positiven Vorschlag den Grundzügen nach aufzustellen, der den Bedürfnissen der Nation entspricht und der den Zweck hat, die monarchisch-föderalistische Ordnung in Deutschland auf dauernder Grundlage sicherzustellen. Wie man vernimmt, liegen zur Zeit zwei Vorschläge vor, ein sächsischer und ein bairischer. Die Unterhandlungen werden ziemlich geheim betrieben.

— 21. April. Mehrere preussische Blätter, namentlich solche, die im Solde der Regierung stehen, lassen durchschimmern, daß Frankreichs Haltung in der letzten Zeit verächtlich sei. Dem widerspricht, so weit es Oesterreich angeht, der hiesige Korrespondent der „S. B. S.“ welcher die Vermuthung ausspricht, Oesterreich habe von Frankreich Garantien für die Unschädlichkeit der italienischen Absichten erhalten. Jedemfalls macht sich in der französischen Hauptstadt ein regeres Interesse für die auswärtigen Fragen bemerklich und die gewiß nur scheinbare Zurückhaltung hat ihr Ende erreicht. Der Berliner „National-Zeitung“ schreibt ihr Pariser Korrespondent, daß sich in der nächsten Umgebung des Kaisers jetzt in Beziehung auf die auswärtige Politik die widersprechendsten Einflüsse geltend machen. Die Herren Drouyn de Lhuys, Rouher, Herzog von Persigny und Graf Walewski vertreten die verschiedensten Ansichten über die Wege, auf denen das „wohlverstandene Interesse Frankreichs“ zu verfolgen ist. Auch soll die Kaiserin, wiewohl mehr aus religiösen als aus politischen Gründen, zu Oesterreich hinneigen.

— 22. April. Der in Agram erscheinende „Pozor“ brachte kürzlich einen Artikel, in welchem er sich u. a. mit den steierischen Autonomisten beschäftigte. Er sagte, dieselben seien die einzige deutsche Partei in Oesterreich, welche eine Zukunft hat. Die Lage derart geklärt zu haben, daß die Regierung sich entweder mit Ungarn ausgleichen, oder zum Absolutismus zurückkehren müsse, sei — so sagt der „Pozor“ — das größte Verdienst, welches sich die deutschen Autonomisten bisher um Oesterreich erworben haben. Der „Pozor“ erklärt sich schließlich gegen den Dualismus in der Form, daß Oesterreich zwei Zentren, das eine in Pest, das andere in Wien, besäße, und er glaubt, daß die Autonomisten selbst gegen einen derartigen Dualismus seien, da sie an der Reichseinheit festhalten.

Schützenhofen, 19. April. Die fieberhafte Aufregung, welche unsere Stadt nach den jüngsten Ereignissen ergriffen hatte, fängt an, der kühlen Ueberlegung Platz zu machen. Ruhe und Frieden sind wieder eingelehrt. Wenn nicht vor dem Rathhause Soldaten auf Posten ständen, wäre gar nichts Besonderes wahrzunehmen. Die Untersuchung geht mit größtmöglicher Raschheit vor sich. Bis jetzt wurden an das Kreisgericht in Pilsen sieben Personen eingeliefert. Die Inquisiten wurden gewöhnlich gefesselt und unter Militär- und Gendarmerie-Eskorte nach Pilsen geführt. Im ersten Transport befand sich der Geometer Piskoczel und die „Amazone“ Roza, ein, wie die „Narodni Listy“ selbst sagen, verwegenes und durchtriebenes Weib. Der zweite Schub brachte unter anderen einen reichen Grundbesitzer aus der Nachbarschaft. Derselbe war auf den Markt gekommen, hatte des Guten ein bißchen zu viel gethan und in der Aufregung mit seinem Stock die Fenster Scheiben im Rathhause zerschlagen. Der Tischlergeselle, welcher das Unglück hatte, ins Knie geschossen zu werden, ist bereits gestorben. Der Schaden, den die Beschädigten auf 60.000 fl. beziffert hatten, ist gerichtlich auf 10.000 fl. herabgesetzt, da viel von dem verlustig gewordenen Gute aufgefunden wurde und noch immer aufgefunden wird. Der k. k. Aktuar Herr Germann, welcher sich während dieses Exzesses durch besondere Energie ausgezeichnet hatte, hat ein Belobungsschreiben von Seite des Ministeriums erhalten. Die Disziplinaruntersuchung gegen den Bezirksvorsteher Bastar, dem Mangel an Energie zum Vorwurf gemacht wird, ist noch nicht beendet.

Pest, 21. April. Im „Pesti Naplo“ tritt August Trefort den verschiedenen Gattungen von Kritikern entgegen, welche den Gang der Dinge in Ungarn bekritteln; erstens denjenigen, welche behaupten, die Adressen seien nicht der getreue Ausdruck der öffentlichen Meinung des Landes, und dieser gegenüber weist er auf die breite Basis des Wahlgesezes, auf die von jeder PreSSION freien Wahlen und schließlich darauf hin, daß die Adressen allgemein im Lande gebilligt werden. Denjenigen Kritikern gegenüber, welche behaupten, daß der Landtag nichts thue, bemerkt der Verfasser: Wir können nichts dafür, daß der Landtag in einer solchen Jahreszeit eröffnet wurde, daß Weinachten und Neujahr bald

nach der Eröffnung erfolgte. Die Mängel des Wahlgesezes und der Hausordnung sind Ursache, daß die Verifikationen sich in die Länge ziehen, und diesen Mängeln will ja der Landtag eben abhelfen. „Ist es der Fehler des Repräsentantenhauses, fährt der Verfasser hierauf fort, daß mit Ausnahme des Landtags unsere ganze Verfassung suspendirt ist, daß wir kein Ministerium haben und daß in dieser abnormen Situation die Adresse bei uns nicht das ist, was sie unter normalen Verhältnissen in konstitutionellen Ländern zu sein pflegt? Bei uns ist sie eine lange Staatschrift, in welcher wir für die Herstellung unserer konstitutionellen Rechte sprechen und unser Staatsrecht gegen ungesetzliche Fakten in Schutz nehmen müssen. Nachdem unsere erste Adresse Sr. Majestät überreicht war, wählten wir sogleich eine Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen über die gemeinsamen Angelegenheiten. Diese Kommission setzte schon die Hand ans Werk, als jenes inopportune Reskript herabgelangte, welches die Gemüther mit Recht erbitterte und uns von unserer kostbaren Zeit mehr als einen Monat raubt. Oder sind wir Deputirten daran schuld, daß die Wahlen in Siebenbürgen so spät zu Ende gingen?“ Herr von Tresfort tritt hierauf noch einer dritten Art von Kritikern entgegen, welche über unsere Zustände überhaupt den Stab brechen und darauf hinweisen, daß es im Ausland überall besser sei. Der Verfasser zeigt, daß man nicht zu weit in die Vergangenheit des Auslands zurückblicken brauche, um da dieselben Fehler und Uebel zu finden, an welche man sich hier stößt, und daß unsere Lage doch nicht verzweifelt, wenigstens nicht schlimmer sei, als vor Monaten. Hierauf fährt er fort: „Das Land ist mit dem gegenwärtigen Landtag in ein neues Stadium des Entwicklungsprozesses getreten. Die zwei Hauptmomente sind: Das verantwortliche Ministerium in Budapest und die gemeinsamen Angelegenheiten! In den entscheidenden Krisen muß man darüber ins Reine kommen, daß ohne ein verantwortliches Ministerium in Budapest der Ausgleich unmöglich ist, denn wie lange immer der Landtag dauere, es wäre die größte Selbsttäuschung, zu glauben, daß hier eine Majorität sich bilden könnte, welche bei der Lösung unserer staatsrechtlichen Fragen aufhören würde, ein Ministerium zu verlangen. Die Ueberzeugung aber, daß man in Ungarn ohne Ministerium nicht konstitutionell regieren kann, hat in allen Klassen der Bevölkerung so tief Wurzel geschlagen, daß man sie nicht wieder ausrotten wird. Wie oft man also den Landtag auflösen möge, einen solchen Landtag wird man nicht zu Stande bringen, welcher von der Forderung, daß ein Ministerium ernannt werde, abstecken möchte. Belagerungszustand und fortwährende Provisorien sind möglich, aber ohne ein verantwortliches Ministerium mit dem Sitz in Budapest ist ein konstitutioneller Zustand in Ungarn fernerhin unmöglich. — Aber andererseits müssen auch wir darüber ins Reine kommen, daß wir die gemeinsamen Angelegenheiten so ordnen müssen, daß die Integrität und Sicherheit der Monarchie nicht gefährdet werde und daß die transleithanischen Länder, wie auch die ganze Monarchie, konstitutionell regiert werden können. Ich halte dieses Problem für lösbar und glaube fest, daß das Repräsentantenhaus bisher nichts gethan hat, was die Lösung dieses Problems erschweren würde. Wenn sonach der Optimismus nicht am Plage ist, welcher den Sieg antizipirt und die Möglichkeit einer Erfolglosigkeit gar nicht zugibt, wenn ein solcher Optimismus nicht am Plage ist, weil Befangenheit und der Egoismus und Ehrgeiz einzelner Menschen über die Rechte der Völker eine Zeit lang triumphiren kann, so ist auch der Pessimismus nicht am Plage, welcher eine definitive Regelung unserer Angelegenheiten für unmöglich hält und den Landtag nur als eine dialektische Turnanstalt betrachtet.“

— 21. April. „Magyar Vilag“ theilt mit, daß Graf Anton Majlath in der kroatisch-ungarischen Deputation, welche heute die erste förmliche Sitzung hält, allein das Präsidium führen werde. Das Protokoll wird gleichmäßig in ungarischer und kroatischer Sprache geführt werden. Die Deputation wird den Gang der Beratungen wahrscheinlich geheim halten und nur wirkliche Vereinbarungen den Zeitungen mittheilen.

— 21. April. Das Repräsentantenhaus hielt heute im Museumsaal Sitzung. Deak war anwesend. Nach Verlesung des Protokolls wird Baron Ladi. M a j t h e n y i eingeführt, welcher den die Annahme der Adresse betreffenden Protokollauszug der letzten Sitzung der Magnatentafel überbringt. Der Auszug wird verlesen und mit Eisen aufgenommen. — Nach dem Monatsbericht der Hausbudgetkommission kommt der Bericht der 12er-Kommission an die Reihe. Derselbe wird nebst zwei Zusatzanträgen verlesen, von welchen einer eine besondere Verfügung des Hauses über die Theiß-Regulirung verlangt. Deak weist nach, daß dieser Gegenstand theils der volkswirtschaftlichen, theils der Kodifikationskommission zusteht, also keine besondere Verfügung erheischt. — Der zweite, von Vertretern der Nationalitäten unterzeichnete Antrag verlangt, daß die betreffende Kommission aus einer der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechenden Mitgliederzahl bestehe. Deak fezt mit lebhafter Betouung auseinander, daß es sich bei der Nationalitätenfrage nicht um Unterhandlung des Hauses mit den Nationalitäten als Parteien handle.

Das Haus vertrete das Land, nicht Nationalitäten. Es handle sich um die Lösung der Frage im Interesse des Ganzen. Die Zahl der Mitglieder vorschreiben, das Vertrauen binden, wäre nicht zweckmäßig. Der Zusatzantrag der Nationalitätenvertreter wurde nach langer Debatte verworfen. — Dienstag erfolgt die Abstimmung zur Wahl der Kommissionen für die siebenbürgische Frage, für die Revision der Hausordnung und für die Nationalitätenfrage. Nach Publikirung des Resultats werden Voten aufgelegt, in welche die Mitglieder des Hauses ihre Namen eintragen werden mit Bezeichnung derjenigen von den übrigen fünf Kommissionen, für welche sie gewählt zu werden wünschen. — Montag finden Verifikationen statt. — Die ungarisch-kroatische Deputation hält heute Abends um 6 Uhr Sitzung. — Die 67er-Kommission wird wahrscheinlich nächsten Mittwoch ihre erste Gesamtsitzung halten.

Agram, 21. April. Das Präsidium des kroatischen Landtages reproduzirt in der heutigen „Agramer Ztg.“ den Landtagsbeschuß vom 12. März d. J. in Betreff der Wiederaufnahme der Landtagsitzungen und bringt zur Kenntniß, daß die Wiederaufnahme der Landtagsberatungen nicht am 1. Mai d. J. stattfinden werde, sondern einem späteren Zeitpunkte vorbehalten bleiben müsse, welchen das Präsidium des Landtages nachträglich publiziren wird.

Uusland.

Der „National-Zeitung“ wird aus Frankfurt geschrieben: „Es ist nicht mehr zweifelhaft, daß sich für den Ausschuß ad hoc die Majorität entscheiden wird, jedoch unter der Bedingung, daß er aus neun Gliedern nach der Ansicht Oesterreichs und der Mittelstaaten bestehen soll, welche dadurch sich besser eine Mehrheit für ihre politische Auffassung zu sichern glauben. Aus dem Stimmengewirr über den preussischen Antrag lassen sich jetzt schon einige bestimmte Punkte über die Richtung desselben vernehmen. Preußen wird vom Bundestage die Festsetzung eines Termins für den Zusammentritt des Parlaments verlangen, um demselben die Reformvorschlüge der Bundesregierungen, welche bis zu diesem Tage vorbereitet sein müssen, zur Vereinbarung vorzulegen. — Die unbedingt nothwendige, also in erster Linie zu beschließende Einberufung eines Parlaments ist augenblicklich der Kern der Reformfrage und steht im Vordergrund. Die der preussischen Auffassung entgegenstehende österreichisch-großdeutsche Politik wird das vorgängige Zustandekommen einer Vereinbarung über die Vorlagen zwischen den Regierungen als Vorbedingung für die Verfassung des Parlaments fordern und dessen Zusammentritt von dieser in Aussicht genommenen Vereinbarung abhängig machen wollen. Sollte die letztere Ansicht die Oberhand behalten, so ist es klar, daß dadurch die Frage der Bundesreform überhaupt eludirt wird.“ — Deshalb erklärt denn auch die neueste „Nordd. Allg. Ztg.“, daß vor allem der Termin für die Einberufung des Parlaments festgestellt werden müsse.

Leipzig, 19. April. Die Volksversammlung im Odeon zu Leipzig war von so viel (vier) Tausend Personen besucht, als die Räumlichkeiten überhaupt Menschen fassen konnten. Die Spitze der von diesem aus allen Zollvereinsländern rekrutirten bunten Publikum beliebten Resolutionen war zunächst gegen den deutschen Bruderkrieg gerichtet. Die Versammlung sprach sich dann bon gré — mal gré auch für das deutsche Parlament aus, obgleich es von der jetzigen preussischen Regierung betrieben werde. Obgleich die Versammlung von Nationalvereinsmitgliedern berufen war, so ging doch ein von der demokratischen großdeutschen Seite befürworteter Antrag fast mit Stimmeneinhelligkeit durch, der nämlich, feierlichst die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Herzogthümer zu verlangen, die Annexion also auf das entschiedenste zu verurtheilen. — Die „Grenzboten“ gehen ebenfalls auf das Reformprojekt des preussischen Ministerpräsidenten ein, wenn sie auch an einen Erfolg dieser Bestrebungen von vornherein nicht glauben. — Gustav Freitag meint, die (mittleren und kleinen) deutschen Regierungen hätten alle Ursache, sich über diesen nicht neuen, sondern schon 1862 angeblich gehegten Plan Bismarcks zu freuen, weil sie in gefährlicher Zeit eine Bedeutung für die Sicherheit und Zukunft Deutschlands gewinnen, die sie selbst noch vor wenig Wochen für unmöglich gehalten hätten, indem sie einen drohenden Krieg dadurch verhindern, daß sie ihn hinauschieben. Bismarck werde übrigens durch keinen Wahlmodus und durch keine Vorlagen einen parlamentarischen Körper in Deutschland zusammenbringen, welcher seinen Projekten mit anderer Stimmung entgegenkomme, als mit dem größten Mißtrauen und mit scharfer Kritik.

Florenz. Die schon stark besteuerten Italiener mögen sich noch mehr besteuern lassen, alle neuen Abgaben werden doch nur Spiegelfechtereien sein; denn Italien kann durchaus nicht mehr als 550 bis 560 Millionen Francs Staatseinkommen liefern. Andererseits kann die Florentiner Regierung die Ausgaben wohl nicht unter 850 bis 900 Millionen Francs bringen, da sie schon 375 Millionen für Interessendienst und Subventionen braucht. Italien wird früher oder später, wahrscheinlich

schon nächstens, von seinen Staatsgläubigern das Opfer verlangen müssen, sich von den Kupons einen Abzug von zwei Fünftel gefallen zu lassen. Frankreich verliert an Italien bereits mehr als eine Milliarde und ist noch nicht am Ende des Verlustes. Ein italienisches Anlehen in Frankreich wird auch zu 50 nicht mehr für möglich gehalten. Was die Finanzen anbelangt, darf Italien unter keinen Umständen mehr auf Frankreich rechnen. (Tr. J.)

Mailand, 20. April. Die „Lombardia“ meldet: Dem Kommando des hiesigen Militärdepartements sei der Befehl zugekommen, sich zur schnelligsten Mobilisirung aller in der Lombardie stationirten Regimenter bereit zu halten, so wie auch die Linie des Mincio zu überwachen. Dem General Durando seien für den Fall, daß die Oesterreicher auch diese Linie verstärken sollten, besondere Aufträge ertheilt worden. Das Militärkommando in Pavia wurde angewiesen, alles für die rasche Ausrüstung der Befestigungen von Cremona, die bereits angefangen sind und binnen kürzester Zeit vollendet werden sollen, erforderliche Artilleriematerial in Stand zu setzen. In Pavia erwartet man General Durando zu einer Inspektion der Forts und der Truppen. Die der hiesigen Besatzung angehörigen Generale begaben sich dieser Tage zur Besichtigung der Garnisonen und Kasernen in die verschiedenen Städte der Lombardie.

Paris, 18. April. Im gesetzgebenden Körper dauerte gestern die Diskussion über die mannigfachen maritimen und industriellen Fragen mit ungeschwächter Lebhaftigkeit, doch ohne die geringste politische Färbung fort. Es ist ein Kampf der sich schwer beeinträchtigt glaubenden Interessen der nationalen Produktion gegen die Freihandelsprinzipien. Die Opposition der Linken ist daran nur insoweit theilhaftig, als das eine oder andere ihrer Mitglieder aus persönlichen Gründen irgend einen Standpunkt vertreten zu müssen glaubt. Der Fortschritt auf dem volks- und staatswirtschaftlichen Gebiete findet gerade in den Regierungsorganen, den Herren Rouher und de Forcade la Roquette, talentvolle und gediegene Verteidiger, während die Herren Thiers und Pouyer-Quertier als Vorkämpfer in den Reihen der Schutzzöllner kämpfen. Die allgemeine Diskussion über den nun schon seit beinahe einer Woche auf der Tagesordnung befindlichen Gesetzentwurf wurde in der Montagsitzung geschlossen; die Diskussion scheint aber aus jedem einzelnen Paragraphen neue Nahrung sich zu schöpfen. Artikel 1, der heute zur Verhandlung kam, bestimmt, daß alle Rohstoffe und Fabrikate des Auslandes, Dampfmaschinen und einzelne Maschinen mit inbegriffen, welche zum Bau, zur Befestigung, Ausrüstung und Unterhaltung von Handelsschiffen dienen, zollfrei eingehen, unter der Bedingung, daß der Nachweis über ihre Verwendung zu dem deklarirten Zweck innerhalb eines Jahres geliefert wird. Jede Zuwiderhandlung wird mit der Nachzahlung der erlassenen Steuer und außerdem einer Geldbuße vom doppelten oder dreifachen Betrag der Steuer bestraft. — Durch diese Bestimmung gerathen die Interessen der nationalen Industrie, namentlich Eisen- und Segeltuchfabriken, der Kohlengrubenbesitzer etc. in einen schweren Konflikt mit denen der Handelsschiffahrt, zumal wenn das neue Gesetz sofort ins Dasein treten sollte. Die nationale Industrie beruft sich auf die bei Abschluß des englischen Handelsvertrags von der Regierung ihr ertheilte Zusicherung, sie werde, um die zum Theil so sehr überlegene Konkurrenz des Auslandes bestehen zu können, zehn Jahre lang noch auf einen Schutzzoll von 10 pSt. rechnen können. Diese Zusicherung soll nun aufrechterhalten bleiben. Trotz mannigfachen Widerspruchs wurde Artikel 1 zur Abstimmung gebracht und angenommen.

— 19. April. Der heutige „Constitutionnel“ bezeichnet Ihnen die neue Wendung, welche die Donaufürstenthümerkonferenz genommen. Die Mächte sind übereingekommen, ein provisorisches Hospodarat zu errichten, welches von einem Eingebornen besetzt und dessen Frist vorläufig auf vier oder fünf Jahre festgesetzt werden soll. Die Kandidatur des Prinzen Karl von Hohenzollern gilt für beseitigt. Der preussische Hof zeigte, wie man hier wissen will, anfangs nicht übel Lust, dem Prinzen die Annahme der rumänischen Krone zu empfehlen, aber von St. Petersburg wurde hiegegen sogleich in einer Weise Einsprache erhoben, welche Preußens im Falle der Genehmigung jener Kandidatur für seine Beziehungen zu dem russischen Kabinett das Schlimmste besorgen ließ. Der junge Prinz hatte sich inzwischen den Rath der Tuilerien erbeten und auch hier glaubte man ihn eher vor der Annahme warnen zu sollen. So entschloß man sich denn in Berlin, von dem Projekte, welches dem Herrn von Bismarck manche angenehme Perspektive zu eröffnen schien, abzustehen und dem Vorschlage eines provisorischen Hospodars beizutreten. Von einer speziellen Kandidatur für das letztere ist hier bis jetzt nichts Zuverlässiges bekannt. — Morgen wird es im Senat eine heiße Sitzung geben. Herr Rouland, der Gouverneur der Bank von Frankreich, wird Beschwerde darüber führen, daß das Gouvernement den Senat nicht genügend gegen die Angriffe der Tagespresse in Schutz nehme, und Graf Rieuwelerke will gar dem Hause eine förmliche Deklaration vorschlagen, daß die Stellung eines Senators mit den Funktionen des Directeur en Chef eines Journals unvereinbar sei. Natürlich wäre dieser Antrag auf den Vicomte de Lagueronniere gemünzt; denn dieser ist das

einziges Mitglied des Senats, welches einem Tagblatte nahe steht und allerdings kürzlich kein Bedenken trug, diese Versammlung in seinem Organe einer scharfen Kritik unterziehen zu lassen.

Das Belgrad wird dem „Neuen Fröbl.“ unter dem 17. d. M. geschrieben, daß der bekannte herzogwinische Insurgentenführer Luka Bukalovich und seine Anhänger Serbien verlassen mußten und am 12ten d. M. mit dem Dampfschiffe via Galacz zurück nach Rußland zogen, wo man ihnen in der Krim ein neues Asyl bot.

Tagesneuigkeiten.

Se. Majestät der Kaiser haben dem Komitee zur Errichtung einer Kleinkinderbewahranstalt in der Vorstadt Weißgerber in Wien als Gewinnstgegenstand für die zu Gunsten dieser Anstalt zu veranstaltende Effektenlotterie ein prachtvolles Silbertheeservice allergnädigt zu spenden geruht.

Wie die „Voh.“ meldet, ist ein kaiserliches Handschreiben nach Petersburg abgegangen, welches den Czaren wegen der Rettung von dem Attentate beglückwünscht.

Seit mehreren Tagen finden eifrige Beratungen von Mitgliedern des Wiener Turnvereins statt, welche für den Fall, als eine fremde Macht in den österreichisch-preussischen Konflikt sich mengen sollte, die allförmliche Errichtung eines österreichischen Turner-Freikorps zum Zwecke haben.

Im Saale der Handelsakademie in Wien hielt Herr Dr. Schrank im Auftrage des Vereins für volkswirtschaftlichen Fortschritt einen Vortrag über die Erwerbsfähigkeit der Frauen.

Auf der Südbahn werden vom 3. Mai anfangen bis auf Weiteres zwischen Wien und Triest wöchentlich drei Sitzzüge, und zwar Dienstag, Donnerstag und Samstag, verkehren.

Großes Aufsehen erregte am 19. d. M. Vormittags am Stephansplatz in Wien nachfolgender Vorfall: Frau Magdalena N., eine in der Stadt wohnhafte Obsthändlerin, passirte nämlich um obige Zeit den Stephansplatz, als sich ihr plötzlich ein etwa 20 Jahre alter, elegant gekleideter Mann näherte und ihr mit den Worten: „Sie werde ich bis machen,“ eine derartige Ohrfeige versetzte, daß Frau N. zur Seite taumelte.

Ein bedeutendes Kontingent zum allgemeinen Beamtenverein liefern in neuester Zeit die zahlreichen Vermessungsbeamten in Ungarn und Galizien, welche, weil nicht pensionsfähig, durch den Abschluß von Versicherungsverträgen für ihre Familien Vorzüge zu treffen bemüht sind.

Nach Berichten der „Egypt.“ wurde am 16. d. M. um 2 Uhr Morgens in Bruck ein schwaches Erdbeben wahrgenommen. Den Anfang machte ein sturmähnliches Getöse, dem schnell nach einander zwei oszillirende Stöße folgten.

einem Meteor, welches am nördlichen Horizonte die Richtung von Süden nach Norden verfolgte und hiebei ein bläuliches, ungemein intensives Licht verbreitete. Nach 1 bis 2 Minuten ging das Licht in ein weißes über und erlosch sodann.

Eine Stunde vor Prettau im Abenthale (Seitenthal des Pustertales), stürzte am 10. d. M. um 3 Uhr Früh eine kolossale Schneelawine ins Thal. Die Schneemasse ist drei bis viermal haushoch und man braucht eine gute Viertelstunde, um diesen Schneeberg zu übersteigen.

In Olaj hat die Behörde folgende Bekanntmachung erlassen: „Der vorgeschrittene Stand der Festungsarmirung macht unumkehrbar auch einen nächsten Beschluß der Palissaden-Barrieren an den äußeren Thorpassagen notwendig.“

Nach dem „Abend-Moniteur“ bestand die französische Kriegsslotte am 1. Jänner 1866 aus 467 Fahrzeugen mit 6301 Kanonen. Es befinden sich darunter 339 Dampfschiffe mit 4995 Kanonen und 96.397 Pferdekraften, nämlich 2 gepanzerte Linienschiffe, 14 Panzerfregatten, 1 Panzerkorvette, 1 Panzerlänschiff; ferner 24 schwimmende Batterien, 36 Linienschiffe, 39 Fregatten, wovon 23 mit Schrauben und 16 mit Schaufelrädern, 19 Korvetten, wovon 12 mit Schrauben, 101 Aviso, wovon 48 mit Schrauben, 20 Schraubentorpedoschiffe und 3 andere Dampfer.

Stephens, der bekannte Häuptling der irischen Genier, befindet sich noch immer in Paris. Er diente vor einigen Tagen bei dem Marquis de Voissy, der, wie alle Welt weiß, ein Erzfeind der Engländer ist.

In der spanischen Armee sind, wie die „Epoca“ meldet, kürzlich 160 Sergeanten auf einmal zu Offizieren ernannt worden.

In der Nähe von Santorin spukt es schon wieder; es erfolgte vor einigen Tagen ein neuer vulkanischer Ausbruch, nach welchem eine weitere Felseninsel zum Vorschein kam, die den Namen „die Auferstehungsinsel“ bekam.

Die Hungersnoth im nördlichen Finnland tritt in immer schrecklicherer Gestalt auf. Besonders schmerzhaft die amtlichen Berichte die im Gouvernement Knopio fürchtbar auftretende Noth. Die Bevölkerung hat sich größtentheils auf die Wälderschaft begeben. Ganze Schaaren Menschen ziehen umher und bieten ihre Handarbeit für ein Stückchen Brot an.

Ein eben erschienener Parlamentsausweis gibt Auskunft über die Gehalte der hohen Geistlichkeit in den westindischen Kolonien. Die aus Staatsmitteln bestreitenen Gesamtkosten für die Unterhaltung der anglikanischen Kirche in jenen Kolonien betragen 20.000 Pfd. St.

Lokales.

Bei der gestern stattgehabten Ergänzungswahl für den Gemeinderath wurden aus dem dritten Wahlkörper bei starker Theilnahme der Wähler die Herren Johann Nep. Horak, Dr. Josef Drel, Josef Debenz und Josef Schwentner gewählt.

Das durch die Aufhebung der k. k. Polizeidirektion verfügbar gewordene ärarische Gebäude in der Herrngasse wurde der k. k. Finanzdirektion zur Verwaltung übergeben. Dieses Gebäude enthält 14 Zimmer und dürfte daher auch zur Unterbringung von Behörden besonders geeignet sein.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

(Original-Telegramm.)

Wien, 24. April. Die gestern übergebene preussische Rückantwort auf den österreichischen Abrüstungsvorschlag soll bedingt zustimmend lauten. Die „Oesterr. Zeitung“ bestätigt offiziös die Rüstungen in Italien.

Wien, 22. April. Das „Fröbl.“ schreibt: Im Laufe des heutigen Tages verbreiteten sich sehr beunruhigende Gerüchte. Man nimmt als gewiß an, daß von österreichischer Seite nach Berlin eine Aufforderung zur Abrüstung ergangen ist.

Wien, 22. April. Dem Lloyd geht die Nachricht zu, die Regierung beabsichtige vor die Kommission für die gemeinsamen Angelegenheiten mit dem Vorschlage zu treten, daß für alle Zweige der Administration, mit Ausnahme des Kriegswesens, Verwaltungschefs unter dem Titel Staatssekretäre ernannt werden sollen.

Ugram, 22. April. (N. Fröbl.) Zusage telegraphischer Nachricht aus Wien hat Se. Majestät die Beschlüsse des kroatischen Landtags über die Landtagsordnung und die neue Wahlordnung sanktionirt, doch ersuhr letztere einige unbedeutende Modifikationen.

Berlin, 22. April. (N. Fr. Pr.) Ein außerordentlicher Abgeordneter des Großherzogs von Oldenburg ist hier eingetroffen. — Preußen hält daran fest, daß die Abrüstungen vor dem 1. Mai stattfinden und Oesterreich zuerst abrüste.

Bremen, 22. April. (Pr.) Ein inspirirter Berliner Korrespondent der „Weber-Zeitung“ telegraphirt: Die preussische Regierung hält an der Bedingung fest, daß Oesterreich mit den Abrüstungen beginne und alle seit 13. März angeordneten Maßregeln rückgängig mache; sie schlägt ferner vor, daß die beiderseitige Abrüstung bis 1. Mai vollendet sei.

Telegraphische Wechselkurse vom 23. April.

Spez. Metalliques 57.75. — Spez. National-Anlehen 60.90. — Bankaktien 691. — Kreditaktien 130.10. — 1860er Staatsanlehen 74.65. — Silber 105.25. — London 105.50. — A. f. Dutaten 5.08.

Hamburg, 19. April. Das Postdampfschiff „Bavaria“, Kapitän Taube, welches am 18. März von hier und am 21. März von Southampton abgegangen, ist am 5. d. M. 7 Uhr Morgens wohlbehalten in New-York angekommen.

Geschäfts-Zeitung.

Mudolfswerth, 23. April. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, Item, Unit, Price. Lists prices for various goods like Weizen, Korn, Gerste, etc.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 6 columns: Date, Time, Barometer, Wind, Visibility, etc. Shows weather data for April 23rd.

Auch die Vorberge zeigen eine frische Schneedecke. Der Nordostwind stoßweise heftig.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr.